AFRIKA 05.11.2026 | Kathrin Meissner

Demokratie macht nicht satt

Die Kommunalwahlen zeigen: Südafrikas politisches System funktioniert auch ohne ANC-Dominanz.

Die Kommunalwahl markiert einen weiteren Schritt in der politischen Neuordnung des Parteiensystems Südafrikas. Der *African National Congress* (ANC) kann sich nicht länger auf seine historischen Errungenschaften als Befreiungsbewegung verlassen. Als Südafrika 1994 seine ersten demokratischen Wahlen abhielt, begann eine Ära, die über Jahrzehnte vom ANC geprägt wurde. Die ehemalige Befreiungsbewegung regierte auf nationaler Ebene mit absoluter Mehrheit. Diese Ordnung ist inzwischen Geschichte. Südafrika bewegt sich auf eine politische Landschaft zu, in der keine Partei mehr selbstverständlich die Regierung stellt. Koalitionen werden auf lokaler wie nationaler Ebene zur Normalität. Das ist zunächst ein Zeichen demokratischer Reife. Doch die eigentliche Bewährungsprobe steht noch bevor: Kann Südafrikas Demokratie das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen, wenn sie deren Lebensbedingungen kaum verbessert?

Mit dem Verlust seiner absoluten Mehrheit bei den Parlamentswahlen 2024 musste der ANC erstmals seit dem Ende der Apartheid die Macht auf nationaler Ebene teilen. Innerhalb von zwei Wochen wurde gemeinsam mit neun weiteren Parteien eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet. Dass der ANC das Wahlergebnis akzeptierte und sich auf diese neue Regierungsform einließ, war ein wichtiger Schritt für die demokratische Reife des Landes. Trotz erheblicher Differenzen verlief die Regierungsbildung geordnet und die Zusammenarbeit gestaltet sich bislang pragmatisch.

In anderen afrikanischen Staaten haben ehemalige Befreiungsbewegungen auf drohende Machtverluste mit Manipulation, Repression und Gewalt reagiert.

Das ist keineswegs selbstverständlich. In anderen afrikanischen Staaten haben ehemalige Befreiungsbewegungen ihre Dominanz über Jahrzehnte behauptet und auf drohende Machtverluste teils mit Manipulation, Repression und Gewalt reagiert. Die Wahlen in Mosambik und Tansania zeigen, wie autoritär politische Systeme werden können, wenn langjährige Machthaber ihre Stellung bedroht

sehen. Südafrika wählte einen anderen Weg: Der Machtverlust des ANC erschütterte die Verfassungsinstitutionen nicht, sondern belebte den politischen Wettbewerb. Doch während die demokratischen Institutionen diese Bewährungsprobe bestanden haben, wächst in der Bevölkerung die Enttäuschung darüber, was die Demokratie tatsächlich leistet.

Bereits 2021 hatte der ANC bei den Kommunalwahlen landesweit nur noch rund 46 Prozent der Stimmen erhalten. In 70 von 257 Kommunen erreichte keine Partei die absolute Mehrheit; nach der aktuellen Wahl dürfte diese Zahl auf etwa 100 steigen. In Metropolen wie Johannesburg regiert der ANC schon seit 2016 nicht mehr allein. Er muss Allianzen schmieden und Kompromisse aushandeln.

Die Ausdifferenzierung des Parteiensystems hängt eng mit der Entwicklung des ANC zusammen. Lange verstand sich die Partei als „*broad church*“, als politische Heimat unterschiedlicher gesellschaftlicher und ideologischer Strömungen. Diese Vielfalt war eine ihrer größten Stärken, wurde aber zunehmend auch zur Belastung. Interne Konflikte, Korruptionsskandale und Auseinandersetzungen über die wirtschaftspolitische Ausrichtung schwächten die Partei und begünstigten Abspaltungen.

2013 spaltete sich die *Economic Freedom Fighters* mit ihrem radikalen Umverteilungs- und Landreformprogramm ab. Vor den Wahlen 2024 gründete der ehemalige Präsident Jacob Zuma die *MK-Partei*, die insbesondere in *KwaZulu-Natal* stark wurde und sich als nationalistische Alternative zum politischen Establishment präsentiert. Auch die *South African Communist Party*, traditionell Teil der Allianz mit ANC und Gewerkschaftsdachverband COSATU, stellte bei den Kommunalwahlen erstmals eigene Kandidatinnen und Kandidaten auf.

Interne Konflikte zeigten sich auch bei den Bürgermeisterkandidaturen in größeren Städten. Während die Opposition frühzeitig Führungspersonal präsentierte, blockierten Machtkämpfe den ANC. Zugleich ringt die Partei bereits um die Nachfolge von Präsident Cyril Ramaphosa, dessen Amtszeit spätestens 2029 endet. Verschiedene Fraktionen positionieren sich für den Parteitag Ende 2027, auf dem der nächste Parteivorsitzende und damit voraussichtlich auch Präsidentschaftskandidat gewählt wird. Zwar benennt der ANC die Missstände des Landes offen, doch interne Machtkämpfe hindern ihn daran, die notwendigen Reformen voranzubringen. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob er seine internen Konflikte überwindet, sich

programmatisch erneuert und seine gesellschaftliche Verankerung stärkt. Sollte ihm dies nicht gelingen, wäre seine Rolle als gesamtgesellschaftliche politische Kraft langfristig gefährdet.

Doch was nützt den Menschen ein lebendigerer Parteienwettbewerb, wenn sich an ihren Lebensbedingungen kaum etwas ändert? Südafrika gehört zu den Ländern mit der weltweit höchsten Ungleichheit. Die offizielle Arbeitslosenquote lag im zweiten Quartal 2026 bei rund 34 Prozent, unter den 15- bis 24-Jährigen sogar bei etwa 60 Prozent. Für viele Menschen bleiben grundlegende Erwartungen an den demokratischen Staat unerfüllt: eine verlässliche Wasser- und Stromversorgung, funktionierende Straßen und öffentliche Verkehrsmittel, bezahlbarer Wohnraum, Sicherheit und Zugang zu sozialen Dienstleistungen.

Trotz der unterschiedlichen Lebensbedingungen in Südafrika und Europa zeigen sich Parallelen in der politischen Wahrnehmung: Der Staat erfüllt seine grundlegenden Aufgaben nicht zuverlässig und politischen Versprechen ist nicht zu trauen. Die Enttäuschung über die Leistungsfähigkeit etablierter Parteien und staatlicher Institutionen führt einerseits zu wachsender Distanz zum politischen System und verschafft andererseits populistischen Kräften Zulauf. In Südafrika kommt eine besondere historische Dimension hinzu: Die 1994 erkämpfte demokratische Freiheit hat für viele Menschen bislang keine ausreichende soziale und wirtschaftliche Dividende gebracht. Eine Afrobarometer-Befragung von 2022 verdeutlicht die Tiefe dieser Enttäuschung: 72 Prozent der Befragten erklärten, sie wären bereit, auf reguläre Wahlen zu verzichten, wenn eine nicht gewählte Regierung oder Führungsperson Sicherheit, Arbeitsplätze und Wohnraum gewährleisten würde.

Gerade auf kommunaler Ebene werden die Defizite staatlicher Leistungsfähigkeit sichtbar. Ihre Ursachen reichen jedoch über die Zuständigkeiten von Stadt- und Gemeinderäten hinaus: Die räumliche Trennung aus der Apartheid wirkt fort, vielen Kommunalverwaltungen fehlt qualifiziertes Personal, und die wirtschaftliche Ungleichheit begrenzt ihre finanziellen Spielräume. Dennoch muss sich der ANC als langjährige Regierungspartei für die Versäumnisse verantworten. Auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern werden etablierte Parteien daran gemessen, ob sie Antworten auf Wohnungsnot, Infrastrukturmängel und steigende Lebenshaltungskosten liefern.

Fremdenfeindliche Mobilisierung und

Eine weitere Parallele zu Europa zeigt sich darin, wie Migration im Wahlkampf politisch instrumentalisiert wird. In Südafrika werden

gewaltsame Übergriffe belasten das gesellschaftliche Zusammenleben und die Beziehungen zu anderen afrikanischen Staaten.

Migrantinnen und Migranten aus anderen afrikanischen Staaten zunehmend für Arbeitslosigkeit, Kriminalität und den Druck auf öffentliche Dienstleistungen verantwortlich gemacht. Fremdenfeindliche Mobilisierung und gewaltsame Übergriffe belasten das gesellschaftliche Zusammenleben und die Beziehungen zu anderen afrikanischen Staaten. Populistische und nationalistische Kräfte greifen Alltagssorgen auf, lenken sie auf vermeintliche Sündenböcke und blenden strukturelle Ursachen aus. Im Wahlkampf machten sich Parteien wie *ActionSA* und Jacob Zumas MK-Partei diese Stimmung zunutze. Der ANC dagegen findet bislang keine überzeugende Antwort auf die sozialen Probleme, die diesen Ressentiments den Boden bereiten. Ähnlich wie viele progressive Parteien in Europa versäumt er es, nationalistischen und autoritären Positionen eine überzeugende Alternative entgegenzustellen – und trägt so zur Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts bei.

Die Kommunalwahl war keine Richtungswahl zwischen zwei politischen Lagern. Sie hat Südafrika als Mehrparteiensystem bestätigt. Das Wahlergebnis zeigt, wie weit sich Südafrika von der politischen Ordnung der vergangenen drei Jahrzehnte entfernt hat. Der ANC wird nach bisherigem Auszählungsstand (40 Prozent der Stimmen) landesweit voraussichtlich noch einmal erheblich unter den 40 Prozent der Parlamentswahl von 2024 liegen. Die Frage ist daher nicht mehr, ob der ANC seine absolute Mehrheit zurückgewinnen kann, sondern welche Rolle er künftig in diesem Parteiensystem spielen wird.

Dabei steht der ANC vor Herausforderungen, die progressive Parteien weltweit teilen: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geraten unter Druck, rechte und nationalistische Kräfte gewinnen an Einfluss und das Vertrauen in politische Institutionen schwindet. Zugleich wächst der Druck, tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Veränderungen voranzutreiben. Südafrika hat gezeigt, dass eine ehemalige Befreiungsbewegung ihre Macht verlieren kann, ohne dass die Demokratie daran zerbricht. Doch das allein wird ihr langfristig kein Vertrauen sichern.

Für den ANC – wie für progressive Parteien in Europa und anderswo –

wird entscheidend sein, ob es ihm gelingt, diesen Entwicklungen ein glaubwürdiges und mitreißendes Zukunftsversprechen entgegenzusetzen: eine Politik, die nicht nur demokratische Werte verteidigt, sondern konkrete Verbesserungen im Leben der Menschen bewirkt, wirtschaftliche Macht demokratisiert und politische Teilhabe stärkt. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, Demokratie wieder als wirksam und gestaltbar erfahrbar zu machen.



Kathrin Meissner
Johannesburg

Kathrin Meissner ist seit 2025 Direktorin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Südafrika. Zuvor leitete sie das Büro der FES in Ecuador und war unter anderem in Ghana und Simbabwe tätig.

-